



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1911**

20 (12.1.1911) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-144345](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-144345)

# General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

70 Pfennig monatlich.  
Eingelohnt 50 Pf. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Post-  
aufschlag Nr. 549 pro Quartal.  
Einzel-Nummer 5 Pf.

## Badische Neueste Nachrichten

Inserate:  
Die Colonel-Zeile . . . 25 Pf.  
Auswärtige Inserate . . . 30  
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Gefestete und verbreitete Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus  
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse:  
„General-Anzeiger  
Mannheim“.

Telefon-Nummern:  
Direktion u. Buchhaltung 1449  
Druckerei-Bureau (An-  
nahmen, Druckarbeiten) 341  
Redaktion . . . . . 377  
Expedition und Verlags-  
buchhandlung . . . . . 318

Nr. 20.

Donnerstag, 12. Januar 1911.

(Abendblatt.)

### Moabit.

(Von einem Berliner Mitarbeiter.)

Berlin, 11. Jan.

Das Moabiter Spektakelstück ist zu Ende. Am 11. Verhandlungstag hat das Gericht gesprochen und, wie von vornherein oder wenigstens in der letzten Zeit immer mehr anzunehmen war, ein paar mit Gefängnisstrafen belegt und ein paar auch laufen lassen. Das heißt eigentlich wars gar kein Spektakelstück mehr. Begonnen hatte es so, als im November, da die Eindrücke der Moabiter Septembernächte noch verhältnismäßig frisch waren, die Leute sich zu den Verhandlungen drängten, und Schumannsposten mit umgeschalteten Revolver vor dem Gerichtsgebäude Wache hielten, als ob sie das Fundamentum regnum, das nicht immer auch ein Fundamentum Borussiae ist, vor wütenden Böbelhaufen beschützen müßten. Das hatte seit geraumer Weile sich geändert. Zwar trauten noch immer Schutzleute im Kriegsschmuck des braunen Lederjuris vor den Justizpalästen auf und ab, in denen zufällig dieser dreimal bezogene Prozeß tagte. Aber sie taten es mürrisch und verdrossen, als genügten sie einer lästigen Pflicht; als ahnten ihnen, daß selbst aus deren striktester Erfüllung nichts herauskommen würde. In Wirklichkeit ist noch weniger als nichts herausgekommen; nämlich beinahe das Gegenteil von dem, was man sich vorgelegt haben mochte. Wir alle waren im September und Oktober, auch wenn wir, was doch nur bei wenigen, nicht gerade komplizierten Semestern zutrauf, nicht an die Organisation der Unruhen durch die Sozialdemokratie glaubten, der Ueberzeugung gewesen, daß die Schutzmannschaft sozusagen contra naturam sui generis in Moabit sich ungewohnter Milde und wahrhaft staatsmännischer Nachsicht befleißigt hätte. Diese angenehme Vorstellung hatte auch die Regalierung der vier englischen Kollegen nicht ganz wegzumischen vermocht. Heute ist sie zerstampft, zerrissen und zerstört. Selbst die Polizeioffiziere haben in einer vornehmen und freimütigen Weise, die alle Anerkennung verdient, in dem Schwurgerichtsprozeß, der seit Montag verhandelt wird, eingeräumt, daß sie nach den Ergebnissen der seitherigen Beweisaufnahme ihre früheren Auffassungen nicht mehr aufrecht erhalten könnten. Die Polizei hat ja nun freilich ihren Lohn dahin. Mit jener provozierenden Justizamt-Taktik, die immer für eine Hauptstärke preussischer Staatskunst gegolten hat, sind derweil die Listen der Orden veröffentlicht worden, die den politischen Kombattanten von den nächstlichen Schlachtfeldern des Moabiter Geländes erwuchsen. Und der Herr Reichskanzler hat mit dem starren Eigensinn, der für seine Wesensart charakteristisch ist, verkündet, daß die moralische Schuld der Sozialdemokratie an den Streikunruhen erwiesen worden sei. Die Beweisaufnahme hat leider nach beiden Richtungen hin verfehlt. Erwiesen wurde vielmehr nur, daß die Polizei mit ihrem allzu temperamentvollen Draufgehen häufig genug Öl ins Feuer gegossen hat, und daß bei weiserer Behandlung, die der Strenge darum noch nicht notwendig zu entzogen brauchte, der Sturm voraussichtlich wesentlich schneller erstickt worden wäre. Selbst für die moralische Mitschuld der Sozialdemokratie, auf die sich nach dem Vorbild des Herrn Reichs-

kanzlers die Staatsanwaltschaft schließlich zurückzog (anzänglich hatte sie etwas durchaus anderes behauptet), ward nichts erwiesen. Dabei wird gar nicht zu leugnen sein, daß eine solche tatsächlich vorgelegen hat. Nicht sowohl in der „jahrelangen Verhetzung durch die sozialdemokratische Presse“, von der der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer redete, wohl aber in dem Verhalten des „Vorwärts“ während der kritischen Tage. Eine ernste, kühle Warnung hätte bei diesen im großen Ganzen doch überaus disziplingewohnten Arbeitern Wunder gewirkt. Nur, daß diese Schuld des „Vorwärts“, wie überhaupt jedes moralische Verschulden — einem philosophisch gebildeten Mann wie Herrn v. Bethmann hätte das im Grunde nicht entgehen dürfen — von den Mäusen des Strafgesetzes nicht zu fassen war. Die Justiz begab sich hier auf ein Gebiet, auf dem sie notwendig unterliegen mußte. Der „Vorwärts“ und seine Leute hatten in jenen Septembertagen ihre Bürgerpflicht zu üben unterlassen. Das war unter moralischen Gesichtspunkten im höchsten Maße tadelnswürdig, nur eigentlich strafbar war es nicht. Das hatten die Staatsanwaltschaft und die sie inspiriert haben mochten im Eifer ihres Werkes übersehen, und so kam es zu jenem über zwei Monate ausgedehnten Spektakulum, in dem die sozialdemokratischen Anwälte — hier mehr Verteidiger der Sozialdemokratie als der zufällig Angeklagten — den Spieß umdrehten und die Staatsbehörden, in diesem Falle die Polizei, auf die Anklagebank setzten. Darum hinterläßt dieser Prozeß auch einen so starken Bodensatz des Unbehagens. Was durch ihn erreicht werden sollte, durch diese feierliche, hochtrabendende Aufmachung und die Aneinanderreihung der einzelnen Fälle, ist mißlungen. Was aber schließlich durchgeführt ward (und selbstverständlich unter allen Umständen durchgeführt werden mußte), die Verurteilung der Missetäter, die sich in Moabit in Wort und Tat vergangen hatten, das wäre im dritten Teile der Zeit und unter ungleich geringerem Aufwand zu erzielen gewesen, wenn man die Friedensstörer, die miteinander wirklich nicht das geringste zu tun hatten, einzeln sich vorgeladen und einzeln nach Gebühr verurteilt hätte. Die erforderlichen Exempel hätten trotzdem statuiert werden können. Denn die Strafe gehört gewiß dem Verlehten, und wer anderer Meinung ist und dieser Meinung durch konkludente Handlungen bekräftigt, soll von Rechts wegen leiden. Wer man hätte sich dann den Versuch erspart, den Gerichtshof in den Dienst der Politik zu stellen. Einen Versuch, der noch niemals geglückt ist und immer zugunsten derer ausfallen wird, gegen die er sich richtet.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 12. Januar 1911.

#### Ein verdächtiges Schweigen.

Es ist hier bereits einmal darauf hingewiesen worden, daß weder der Bund der Landwirte noch die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft zu den sie aufs schwerste kompromittierenden Feststellungen des Münchener Professors von Sorhlet auch nur ein Sterbenswörtlein geäußert haben. Wir stellen

heute erneut fest, daß die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Kreuzzeitung“ auch bisher (Mittwoch) die skandalöse Affäre vollständig totgeschwiegen haben. Von rechtsstehenden Blättern haben bisher allein die „Nordd. Allg. Ztg.“ und die „Post“ von der Angelegenheit Notiz genommen, indem sie den Ausschluß des Geheimrats Professor Dr. Wagner-Darmstadt, des „Erfinders“ der verschwundenen „Propagandagelder“, durch den Verband der landwirtschaftlichen Versuchstationen mitteilten. Jedoch leitete die „Nordd. Allg. Ztg.“ diese Meldung mit der überraschenden Bemerkung ein, „nunmehr habe die Angelegenheit eine klärende Wendung genommen“, während das konservative Organ gar meinte, der Zwischenfall könne nun wohl als erledigt gelten. Wir bedauern, uns diesen beiden Auffassungen beim besten Willen nicht anschließen zu können. Der Ausschluß Geheimrats Wagner, mit dem der genannte Verband „jede Gemeinschaft“ aufgehoben hat, ist nach unserem Dafürhalten nur insofern von Bedeutung, als er die schweren Anklagen Sorhlets zu heftigen macht. Aber er bietet nicht die geringste Aufklärung über den Verbleib der vom Kaisermandat an den Bund der Landwirte und an die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft gezahlten Propagandagelder. Auch sind diese beiden Organisationen der Öffentlichkeit wie besonders den deutschen Landwirten unbedingte sofortige Aufklärung darüber schuldig, wie sie es mit ihrem vorgehenden Bestreben, die Landwirte wirtschaftlich zu fördern, vereinigen konnten, diesen die Dünghemittel planmäßig und bestimmt zu verteilen, um so aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung — auch aus der nicht bäuerlichen — die für die politische Propaganda des Bundes der Landwirte erforderlichen Summen — herauszugiehen. Beide Organisationen sind dieser Handlungsweise dringend verdächtig. Treift der Verdacht nicht zu, so mögen sie sich äußern. Unterlassen sie auch weiterhin jeden Versuch einer Aufklärung, so beständen sie durch ihr Schweigen die schweren Anklagen v. Sorhlets. Dann aber ergibt sich die Notwendigkeit, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung andererseits darüber aufgeklärt wird, wie der Bund der Landwirte ihre wirtschaftlichen Interessen „fördert“.

#### Ein Sozialdemokrat über die Religion.

Dr. Hans Müller nimmt in dem letzten Heft der Sozialistischen Monatshefte (26. Heft 1910 vom 22. Dezember) der Religion gegenüber eine wesentlich freundlichere Stellung ein, als sonst die Sozialdemokratie es zu tun pflegt. Er kommt in keinen Ausführungen zu dem Ergebnis, „daß die Religion denn doch etwas anderes als ein Phantom, das sie vielmehr eine machtvolle soziale Realität ist, mit der sich der Sozialismus noch in anderer Weise auseinanderzusetzen hat, als daß er sie zur Privatangelegenheit des einzelnen macht“. Müller begründet eingehend seinen Standpunkt. Wir heben aus seinen Ausführungen folgendes hervor:

Es ist ferner ein nicht wegzuleugnendes Faktum, daß die Bestrebungen zur praktischen Verwirklichung sozialistischer Ideale innerhalb kleinerer Gemeinschaften, wie wir sie zu Tausenden in den vorerwähnten

### Seuilleton.

#### Aus Böcklins schwerster Zeit.

Am 16. Januar sind 10 Jahre verflossen, seit Arnold Böcklin die Augen zum ewigen Schlummer geschlossen. „Arbeite, arbeite!“ waren die letzten Worte, die er sprach. Sein ganzes Leben war in einem unablässigen Schaffen und Gestalten dahingegangen, eine ganze Welt von Schönheit, aus der üppigen Fruchtbarkeit seiner Phantasie entstanden: Nun war der Schöpfer dieses großartigen Kunstreiches dem Leben entrückt und hatte seine Werke der Nachwelt zur Bewunderung und Kritik hinterlassen.

Der Kampf um Böcklin ist erst nach seinem Tode entbrannt; lange Jahre, den größten Teil seines Lebens, hatten ihn nur wenige geliebt und geschätzt; die Welt war achlos an seinen Visionen vorbeigegangen; dann war der Ruhm bei ihm eingeleitet, die bebingungslose Verehrung, die sich vor dem Genie Blindlings heugt. Erst als der alte Meister, der die tiefsten Geheimnisse der Natur erlauscht, der so möglicher Kräfte voll gewesen war, diese Welt verlassen hatte, als, wie bereits im hellenischen Land, der Klagen Ruf durch die Wälder erschallt: „Der große Van ist tot!“, da kam man allmählich zur Bestimmung, unter welcher gewaltigen Einfluß man gestanden, und man wollte sich Rechenschaft ablegen über die wunderbaren Gesühle, die und vor seinen Bildern durchdrangen. Damals ward über den „Holl Böcklin“ verhandelt, und freudig in leidenschaftlicher Rede und Gegenrede dem gewaltigen Schweizer das spezialisch Materielle abgesprachen und das höchste Künstlerum anerkannt.

Wie völlig verhallt und vergessen sind heute schon wieder diese Kämpfe! In zehn Jahren des Fortlebens Böcklinscher Kunst ist

seine überragende Gestalt von allen Schlägen des Tagesurteils und der persönlichen Vorurteile befreit worden, lebt fort in jener reinen, leuchtenden Sphäre, in der nur die der Unsterblichkeit gewidmeten ästhetischen Werte gedeihen. Wenn wir uns heute wieder hinwenden zu des Künstlers Erdenwolke, so geschieht es vor allem, um an dem Verlauf seines Lebens die alte Tragik von dem herben Los des Genies in dieser Weltlichkeit zu erkennen, um die trüben Schatten langer Jahre des Kampfes mit der gleichgültigen, durch nichts Irdisches umwölkten Pracht seiner Werke zu kontrastieren.

Die fürchterlichen materiellen Nöte, die Böcklin in der Epoche seines beginnenden Mannesalters hat durchmachen müssen, sind uns erst in jüngster Zeit so recht anschaulich gechildert worden, und zwar in dem Werk, das uns über die Persönlichkeit des Meisters überhaupt den reichsten Aufschluß bringt, in den bei der Internationalen Verlagsanstalt von Ferdinand Runkel herausgegebenen „Böcklin-Memoiren“, die die Tagebuchblätter seiner Gattin Angela und den gesamten brieflichen Nachlaß enthalten.

Böcklin war im Frühjahr 1858 dem Vorschlag des Kunstfreundes Wiedelin gefolgt, dem er in Hannover einen Saal ausmalen sollte. Aber der Künstler, der mit seiner Frau, einer geborenen Italienerin, und seinen Kindern dem Anerbieten Folge leistete, wurde in all seinen Hoffnungen und Erwartungen schwer enttäuscht. Wiedelin besahle ihm nur einen Tapeten von 5 Talern und wollte ihn dafür wöchentlich lange bei der Arbeit halten, kontrollierte ihn unaußhörlich, zwang ihn auch, am Sonntag zu arbeiten, wofür dann Böcklin eine Polizeistrafe entrichten mußte. Von all der Anstrengung und dem Weger wurde schließlich Böcklin krank, bekam heftiges Fieber und Krämpfe, und entschloß sich, um aus dieser Hölle wegzukommen, ohne alle Mittel noch München abzureisen. In einer festsitzen Dachwohnung eines Hinterhauses fand er mit seiner Frau, die Mutterfreunden entgegen, und den beiden tränkenden Kindern dürftiges Unterkommen.

Böcklin fühlte eine schwere Krankheit herannahen und malte mit fieberhaftem Fleiß, um in dem Augenblick, wo ihn das Uebel niederwerfen würde, Silber zu haben, die ihm Geld bringen könnten. Es gelang ihm auch, den in Rom begonnenen „Van im Schilf“ zu vollenden. Sein einziger Freund war damals Heise. Eines Nachts, als er sich selbst kaum auf den Beinen halten konnte, wurde seine Frau plötzlich von den Geburtwehen überfallen und nur durch die Hilfebereitschaft eines im Hause wohnenden Metzgers konnte die schwere Stunde glücklich überwunden werden; ein Sohn, Robert, wurde geboren. Während Angela sich langsam erholte, ging es mit Böcklin immer mehr bergab, er war schließlich völlig entkräftet. In dieser Not schrieb die stolze Italienerin, deren reiche Tante sich von ihr wegen der Heirat mit dem „Keh“ losgelöst hatte, an Tante Carlotta, die sie aufersorgen. Aber jede Unterstützung wurde verweigert. Unterdessen war die lange in Böcklin siedende Krankheit ausgebrochen; es war der berüchtigte Armeetypus. Ein von Heise geleiteter junger Arzt, Dr. Wolfstein, behandelte ihn. Auch die drei Kinder erkrankten schwer, der älteste Knabe, Arnold, hatte Unterleibsentzündung, das Töchterchen Klara war vom Vater angesteckt, und der eben geborene Robert schwankte zwischen Leben und Sterben. Am Weihnachtsabend 1858 hatte die Not den Höhepunkt erreicht: Böcklin lag im Sterben, und während er in düsteren Nieberphantasien mit dem grimmigen Knochenmann rang, packte der Tod, wie ein Fiß für die entgehende Beute zu entschädigen, den kleinen Robert. Angela war der Verzweiflung nahe, aber wo die Not am größten, ist auch die Hilfe am nächsten. Sie kam von einer edlen Menschenfreundin, die als Künstlerin und München bekannte Emilie Lindner, die selbst aus Basel kam und einfach auf die Mittelung hin, daß ein Schweizerischer Kondemann schwer krank und in Not sei, kraftigste Unterstützung bot. Sie kam sogar selbst und brachte am anderen Tage reichlich Geld und 24 Flaschen des feinsten Bordeaux, die dem Kranken sehr wohl taten. Als nun auch noch der „Van im Schilf“ von dem bayerischen

fanatischen Versuchen, kommunistische Kolonien zu schaffen, vor uns haben, nur dann Erfolg zu erzielen und Bestand zu haben, wenn sie von ausgeprägten religiösen Menschen getragen werden, dagegen regerlos hinstehen, wenn sie von freidenkerischen Sozialisten unterhalten werden. Die gemäßigtere, aber sozialistische Idee ist offenbar allein nicht ausreichend; sie muß durch eine tiefreligiöse Ueberzeugung verhärtet werden. Auch wo innerhalb unserer Gesellschaft der Versuch gemacht wird, wirtschaftliche Gebilde und Organismen zu schaffen, die dazu bestimmt sind, den Bedürfnissen der gegenwärtigen Götze, der gemeinsamen Forderungen zu realisieren, wozu wir kein die Erlaubnis, das Erfolge nur dann errungen werden, wenn die Gründer und Helfer außer praktischen Gehalt auch — bewußt oder unbewußt — solche religiöse Qualitäten besitzen: einen unerschütterlichen Glauben an die Güte und Gerechtigkeit ihrer Sache eine starke Liebe zu den Menschen, denen ihre Arbeit gilt, eine große, zu allen Opfern bereitete Begeisterung. Studieren wir näher den Verlauf der verschiedenen sozialistischen Bewegungen, die in irgend einem Bereich des gesellschaftlichen Lebens die Idee der Brüderlichkeit, der menschlichen Solidarität zu verwirklichen trachten, so haben wir in der Regel auf religiös geartete Persönlichkeiten als ihre Urheber. Große Gedanken werden nur in reinen Herzen geboren und erfüllt sich nur in den Köpfen von Menschen, die ihr Leben nicht für sich, sondern für eine ganz außerordentlich hohen persönlichen Interessen sphaere liegende Sache leben. Tagtäglich können wir die Beobachtung machen, daß der kollektive Egoismus, das reine Selbstinteresse einer größeren oder kleineren Zahl von Personen nicht ausreicht, um auch nur den kleinsten Bereich, lege er sich nun gewerkschaftliche, gewerkschaftliche oder politische Zwecke, am Leben zu erhalten und zu andauernder Entwicklung zu bringen. Ohne Opfer an Kraft und Gesundheit, an Geld und Zeit, ohne Hingabe, ohne Begeisterung und ganz uninteressierte Liebe geht es dabei nicht ab. Wir dem Klassen- und Masseninteresse allein lassen sich soziale Institutionen, Werke der Solidarität nicht schaffen.

Dr. Müller verlangt eine Revision der Stellung der Sozialdemokratie zur Religion und schließt seinen interessanten Artikel mit der Bemerkung:

Die Religion ist als unerschütterlicher einer der Motoren fortschrittlicher sozialer Entwicklung. Ich habe sogar auf Grund vieler Beobachtungen und Erfahrungen speziell auf dem Gebiet der Erziehungsbewegung die Ueberzeugung gewonnen, daß religiöse Kräfte sich beim Aufbau sozialistischer Arbeiterorganisationen dauernd überlegen nicht erweisen lassen, und daß ohne sie jede sozialistische Bewegung verfallen muß. Deshalb sehe ich eine der wichtigsten Aufgaben des modernen Sozialismus darin, seine Anhänger über die Religion, ihr Wesen und ihre Rolle in der Menschheitsentwicklung zu orientieren und dafür einzutreten, daß von einer der reichsten Kraftquellen, die ihm zu stellen vermögen, der Schatz verlorener Werte abzurufen wird, durch den heute noch Millionen seiner Anhänger verblendet werden, aus dieser Dürre zu schöpfen.

**Die Notlage der Winzer.**

Die nationalliberalen Abgg. Harting, Guelmann, D. Gadenberg, Vieder, Dr. Rohmann und Wolff (Hebrich) haben im preussischen Abgeordnetenhaus mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion folgenden scheinigen Antrag zur Milderung der Notlage der Winzer eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ermahnen, schleunigst reichliche Geldmittel anzufordern bzw. bereitzustellen, a) um die energische und einheitliche Bekämpfung des Oen- und Oenococcus zu ermöglichen und dadurch der dem vaterländischen Weinbau und der wirtschaftlichen Existenz des preussischen Winzerehandels drohenden Gefahr zu begegnen, b) um denjenigen Winzern, die durch die mehrfachen durch Rekrutenentzug und Abschuldung verursachten Schäden unerschuldigt in Notlage geraten sind und aus eigener Kraft nicht wieder emporarbeiten können, in geeigneter Form Beihilfen zu gewähren, c) um in umfangreichem Maße, als es bisher möglich war, wissenschaftliche Untersuchungen über die besten Mittel und Wege zur Bekämpfung der Rekrutenentzug und Abschuldung herbeizuführen, auch zu diesem Zwecke Preise anzulegen.

Bekanntlich hat die Reichstagsfraktion der nationalliberalen Partei sich durch eine Interpellation im gleichen Sinn an die Reichsregierung gewandt. Wie notwendig ein Eingreifen des Staates ist, das hat damals der Abgeordnete Dr. Planckenhorn eingehend begründet, und es steht deshalb zu erwarten, daß auch die preussische Staatsregierung das Ihrige tut, um die Not der Winzer zu lindern und nach Möglichkeit den Rekrutenentzug vorzubeugen.

**Der Zentrumsbürgermeister von Meh.**

Zum Bürgermeister von Meh ist dank der Verbrüderung der lothringischen Alexianer der Richtung Collin mit dem Zentrum dessen früherer Reichstagskandidat Rechtsanwält Dr. Forst gewählt worden. Damit wird an die Spitze der Stadt Meh, vorausgesetzt, daß die Regierung ihre Zustimmung gibt, ein Mann berufen werden, der noch nie in einer öffentlichen Verwaltung tätig gewesen ist. Den Vorläufer seiner Qualifikation zum Bürgermeister der Hauptstadt von Lothringen hat er als Vorstandsmittglied des Zentrums-Königs für tausend Gulden angekauft wurde, war das Schlimmste überstanden.

Im Katalog der Pinalothek, wohin das Bild mit einem schwarzen Kranz kam, stand allerdings, der Künstler sei gestorben. Aber die Genesung machte doch gute Fortschritte. Ein fürchterlicher Mißfall erfolgte, als der Kranz den Tod des kleinen Robert erfaßt. Als er den kleinen nicht zu sehen bekam und auf seine Fragen nur Ausschüfte erhielt, wußte er die Wahrheit der kleinen Maria zu entlocken, schrieb gellend auf und verfiel in neue Gallusnationen. Doch seine jugendkräftige Natur überwand schließlich auch diesen fürchterlichen Schmerz. Er war zum Stehleit abgemagert, bekam aber bald mit der Arbeitstunde auch den Lebensmut wieder. Die Berufung an die Weimarer Kunstschule schloß diese kurze Zeit in Weidling Leben ab.

**Neujahr in Rußland.**

Vom 12. Januar. — Von H. Felden.

In Rußland feierte man seit der Zeit der Einführung des Christentums das Neujahr im Frühling: entweder vom 1. März an oder von Ostern an. Im Jahre 1348 wurde bestimmt, daß Neujahr am 1. September gefeiert werden sollte, doch wurde dies erst im Jahre 1492 endgültig durchgeführt. Das neue Jahr wurde im „Kreml“ in Moskau mit großer Feierlichkeit begrüßt.

Unter der Regierung des Zaren Peter I. begannen die alten russischen Gebräuche sich zu verändern. Nach seiner ersten Auslandsreise befaß der Zar seinen Untertanen, sich die langen Bärte abzuschneiden, doch ließ er die alte Jahresrechnung nach wie vor bestehen, so daß im Jahre seiner Rückkehr aus dem Auslande (1698) das neue Jahr noch am 1. September von ihm und in anderen Teilen gefeiert wurde; der Kaiser erschien mit seinem kleinen Sohn und seiner Gemahlin in Begleitung eines großen Gefolges zum festlichen Gottesdienst und beglückwünschte sein Volk zum

beglückwünschte Volk, Volksstimme“ und als Präsident der Verwaltung des verfrachten ultramontanen Vereinshauses Hotel Terminus erbrachte. Es hat nichts genügt, doch die liberale Fraktion einen formellen Protest gegen die Wahl einbrachte und die Kandidatur Forst verworfen:

1. weil sie den für die Bürgermeisterei grundlegenden Beschlüssen des Gemeinderats vom Oktober vorigen Jahres widerspricht, wonach nur solche Kandidaten in Frage kommen dürfen, die die Befähigungen im bürgerlichen oder bürgerlichen Verwaltungsdienst aufzuweisen haben.

2. weil wir jede ausgesprochene Parteikandidatur bekämpfen und zumal bei den hier herrschenden nationalen und parteipolitischen Verhältnissen sie als für die Wohlfahrt der Stadt nicht nützlich, im Gegenteil für sehr schädlich halten.

3. weil unseres Erachtens Herr Forst die für den bürgerlichen Bürgermeisterei nötigen persönlichen Eigenschaften durchaus fehlen. Letzteres wird von jedem ernsthaften Beurteiler der Verhältnisse unumwunden zugegeben und ist auch in wiederholten Anmerkungen z. B. von dem eigenen Parteigenossen, Herrn Dr. Ernst noch in den letzten Tagen bestätigt worden mit dem Bemerkten, daß er nur aus parteipolitischen Gründen für diese Kandidatur einträte.

Der von den Liberalen vorgeschlagene Straßburger Beigeordnete Leoni erhielt nur 15 Stimmen, Dr. Forst wurde mit 21 Stimmen gewählt. Man mag sich danach vorstellen, was den Kommunen droht, wenn dem Zentrum freie Hand gelassen wird, sie zum Zummelpfad seines parteipolitischen Ehrgeizes zu machen.

**Deutschnationale Kolonialpolitik.**

Bei den Sitzberatungen im Reichstag wurde an den Staatssekretär des Reichskolonialamtes v. Vindequitt eine Anfrage gerichtet über seine Stellung zum Deutsch-Tum in den Kolonien. Der Staatssekretär hat darauf geantwortet, er nehme an, daß seine Tätigkeit in Deutsch-Südwestafrika, namentlich aber auch in Britisch-Südwestafrika, eine hinreichende Gewähr dafür bieten würde, daß er unbedingt nur eine deutschnationale Kolonialpolitik treiben werde. Er wies mit Stolz auf das Vertrauen hin, das während seiner amtlichen Tätigkeit dort ihm die Deutschen in Britisch-Südwestafrika in der für sie schwierigsten Zeit während des Burenkrieges entgegengebracht hätten und auf die Anhänglichkeit, die man ihm dort auch heute noch bewahrt habe. Hierzu wird der „Tagl. Rundschau“ ein Brief eines deutschen Geistlichen in Natal zur Verfügung gestellt, der dort seit 30 Jahren in der deutschen Kolonie in Durban als Prediger und Lehrer tätig ist. Er schreibt:

Es ist mir zu belagen, daß man sich von alten Vaterlande her nicht um die Deutschen in Natal kümmert und daß sie nicht mehr unterrichtet werden in Schulangelegenheiten. Mein Generalkonsul oder Konsul kümmerte sich früher um uns Deutsche hier. Der Generalkonsul v. Lindenitz war der beste, welcher für das Deutsch-Tum in Natal wirkliches Interesse zeigte. Ich konnte ihm daher auch unsere Klagen persönlich vorbringen. Wir Deutschen haben es ihm nie vergessen und werden es ihm nie vergessen, daß er uns persönlich aufsuchte. Seitdem haben auch andere Konsule sich um uns gekümmert. Trotzdem aber geht die deutsche Sprache zurück, das ist unabweisbar. Wollt ihr Deutschen in alten Vaterlande nicht energisch helfen, deutsche Schulen zu erhalten und neue deutsche Schulen einzurichten, dann wird es nicht mehr lange dauern und die deutsche Sprache ist verschwunden. Denn seit in dem vereinigten Südafrika die englische und holländische Sprache zur Amtssprache proklamiert ist, ist die deutsche noch bedeutend größer geworden.

**Deutsches Reich.**

— Der Sieger von Labiau-Wehlen, Bürgermeister Wagner, ist in Labiau für die neue, am 1. April d. J. beginnende Amtsperiode als Bürgermeister wiedergewählt worden. Wagner tritt nunmehr in sein 25. Amtsjahr als Bürgermeister der Stadt Labiau.

— Deutscher Heimarbeitertag. Den am 12. Januar stattfindenden Deutschen Heimarbeitertag wird am Freitag, den 13., eine interessante Verammlung folgen. Der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet einen öffentlichen Diskussionsabend über „Die Heimarbeit als Problem der Sozialpolitik“. Der Hauptreferent des Heimarbeitertages, Professor Dr. Wilbrandt-Büdingen, wird in dieser Versammlung mit den Vertretern der volkswirtschaftlichen Verbände vereinigt sind, diskutieren. Die Versammlung wird unter dem Vorherrsche des Generalsekretärs des Bundes der Industriellen, Abgeordneten Dr. W. Wendlandt, stattfinden. Dem Standpunkt der volkswirtschaftlichen Praxis wird zunächst Syndikus Dr. Rudolf Schneider-Berlin sprechen. Eine Anzahl praktischer

Beispiele des neuen Jahres. Männer und Frauen trugen Gewänder noch ausländischem Schnitt. Nur die beweihrte Schwägerin des Zaren erschien noch im alten russischen Kostüm. Ein Augenzeuger jener Feier, der Sekretär der römischen Gesandtschaft, berichtet: daß der erste Tag des neuen Jahres, festlich begangen worden sei mit laienlichen „Brat“. Bojaren, Militär- und Zivilpersonen hatten sich zur Feier eingefunden, darunter auch eine große Anzahl von Matrosen. An diese trat der Zar häufig heran, beschenkte sie mit Apfeln, nannte sie „Brüder“. Freudenstöße ertönten.

Bereits im folgenden Jahre wurde „Neujahr“ nicht mehr am 1. September gefeiert; der Zar befahl, daß der Jahresanfang am 1. Januar festgesetzt wurde. Es begann damit, daß ein Verbot erlassen wurde, das neue Jahr nach alter Weise am 1. September zu Hause in seinen vier Wänden zu begehen. Nachwächter mit „Stelzen“ ausgerüstet machten die Runde in den Straßen, lugten in alle Häuser hinein, durch die Rippen der Fensterläden und besahen, streng die Sitten der Werkzeuge auch heute beizubehalten; die Dichter zu verfluchen! Schließlich, als seit der letzten Neujahrfeier bereits 16 Monate verstrichen waren, erklang durch Moskau Trommelwirbel — zum Zeichen, daß ein wichtiger Befehl bekannt gemacht werden würde. Auf dem „roten Platz“ der alten Hauptstadt des Zarenreiches wurde dann der Ulaß verlesen, daß von nun an auch in Rußland, wie in anderen europäischen Ländern, das neue Jahr am 1. Januar gefeiert werden sollte. Darauf wurde befohlen, die Werten der Häuser mit Tannengrün zu schmücken. Am 1. Januar sollte jedermann den anderen zum Festtag beglückwünschen, Reifsgewürze solle man anzubringen, Reaktionen auf jeden Standen in hellen Klammern anheben lassen. Angesehene Leute war es schätzte, auf ihren Ohren aus kleinen Kanonen Reckenstöße abzugeben.

Dieser kaiserliche Befehl wurde im Jahre 1700 in Moskau genau erfüllt. Der Zar selbst ließ auf dem „roten Platz“, das

Volkswirte, die mit der Heimarbeitertage besonders vertraut sind, darunter auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann-Dresden haben ferner ihre Teilnahme an der Diskussion angefündigt.

— Auflösung der Lorraine Sportive. Meh, 12. Januar. Durch Beschluß des Bezirkspräsidenten ist die „Lorraine Sportive“ aufgelöst worden.

— Hansabund und Sozialdemokratie. Dresden, 11. Jan. Geheimrat Nieber sprach heute hier über „Freunde und Feinde des Hansabundes“; er betonte nachdrücklich, der Hansabund wolle sich von keiner Partei abhängig machen. Der Bund denke auch nicht daran, seine Stellung zur Sozialdemokratie zu ändern. Bei der Erörterung seines Schreibens an die Kreiszeitung sei vergessen worden, daß die gegnerische Stellung des Bundes zur Sozialdemokratie schon früher genügend festgelegt worden sei.

**Reichstagswahlen 1911.**

Die Reichstagskandidatur des Abgeordneten Stresemann.

In Reichstagswahlkreise Annaberg haben sich die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei jetzt abgütigt auf den bisherigen Abgeordneten Dr. Stresemann als gemeinschaftlichen Kandidaten geeinigt. In einer am nächsten Sonntag in Buchholz stattfindenden Vertrauensmännerversammlung wird die Proklamierung der Kandidatur erfolgen. Am Nachmittag desselben Tages werden in Annaberg in öffentlicher Versammlung die Abgeordneten Wallermann und Stresemann sprechen.

**Aus Stadt und Land.**

Mannheim, 12. Januar 1911.

\* Militärdienstnachrichten. Oberzuchtmeister Hoffmann von Bad. Zubart-Regt. Nr. 14 der Charakter als Rechnungsrat verliehen. — Steinhaus, Provinzamt-Unterinspektor, als Provinzamtinspektor in Karlsruhe angefündigt. — Gert, Lazarettinsp. und Kasernenstand von Offizierheim „Lunau“ in Jallenstein i. T., zum Garn.-Lazarett in Konstanz verlegt. — Lazarettinsp. Seibel in Konstanz, nach Straßburg i. E. verlegt. — v. Christmar, Oberl. der Reg., bisher Oberl. im 6. Bad. Inf.-Regt. Nr. 114, als etatmäßiger Militär-Intend.-Assessor bei der Intendantur des 16. Armeekorps angefündigt. — Verlegt: die Intend.-Assessoren: Schneider (Karl), Rechnungsrat, Ober-Intend.-Sekretär von der Intend. des 16. Armeekorps zu der Intend. des 14. Armeekorps, Poetat, Ober-Intend.-Sekretär von der Intend. der 33. Division zu der Intend. des 17. Armeekorps.

\* Die dreijährige Eisenbahnassistenten-Prüfung findet in der Zeit vom 3. bis 11. März in Karlsruhe statt.

\* Volkszählung. Wie das Groß. Statistische Landesamt mitteilt, werden die vorläufigen Feststellungen der Bevölkerungszahl nach dem Geschlecht auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 für die einzelnen Gemeinden des Landes voraussichtlich gegen Ende Januar in einer Sondernummer der „Statistischen Mitteilungen“ veröffentlicht werden. Die Auszählung nach dem Religionsbekenntnis kann dagegen nicht vor Mitte Feb. zum Abschluß gelangen; deren Ergebnisse sollen dann sobald als möglich veröffentlicht werden. Bis dahin können daher Anfragen wegen der Zahl der Katholiken, Protestanten usw. in einzelnen Gemeinden und Landteilen oder im Land im ganzen nicht beantwortet werden.

\* Die kleinsten Dörfer Deutschlands. Wie bereits gemeldet, ist Dürrenbach im bayerischen Obernauß das kleinste Dorf. Von Interesse dürfte sein, daß auch die zweitkleinste selbständige Gemeinde als Dorf rangierende Gemeinde keine zehn Einwohner hat; es ist dies das Dorf Walberbach bei Waldolfsheim mit 9 Einwohnern. Ein würdiges Gegenstück zu dieser rheinpreussischen Dorfzählung abgelegenen Gemeinde bietet das rheinische Dorf Hambern bei Düsseldorf, dessen Bevölkerungsziffer die 10000 überschritten hat.

\* Der Mannheimer Journalisten- und Schriftstellerverein hielt gestern Abend im Restaurant „Waldolfsheim“ seine gutbesuchte öffentliche Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Professor Hermann Walder, eröffnete den Geschäftsbereich, der mit einem warmen Radikal auf das verstorbenen langjährige Mitglied, Herrn Stadtverordnetenverwandten Guld, einleitete. Die Versammlung ehrte das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen, das den weiteren Ausführungen ging hervor, daß im verstorbenen Jahre eine recht rege Tätigkeit entfaltet worden ist. Den Abschluß der geselligen Besprechungen des Vereinsjahres bildete der Bühnenball, der in Gemeinschaft mit der hiesigen Sektion der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger arrangiert wurde und, mit

Vollstet eröffnend, die erste Rolle spielten. Am folgenden Tage empfing er die Glückwünsche zum neuen Jahr und veranbaltete in seinem Palast ein glänzendes Fest.

Alein es dauerte eine geraume Zeit, bevor sich das russische Volk an diese neue Jahresrechnung, an die Verlesung der Reichstagsfeier vom 1. September auf den 1. Januar gewöhnen konnte. Der englische Ingenieur John Perri erhielt in seinen Aufzeichnungen über Peter den Großen, die im Jahre 1716 in London veröffentlicht wurden, daß die Russen sich nur aus Nichts vor der Straße dieser neuen ungewohnten Jahresfeier anpaßten und machte noch wie vor im Geheimen den 1. September als den Neujahrstag anfaßen.

Die wenigsten wissen heutzutage in Rußland, daß es ehemals eine andere Neujahrfeier gegeben hat, als die im Eismonat, so Schneestürme über die russischen Steppen dahindrausen und die weiten, dichten Wälder, durch Schneewälle abgegeschlossen, noch unüberwindlicher sind als sonst.

In heutigen Rußland herrscht bei vielen die Sitte, sich am Neujahrstage zu beschenken; Blumen, Konfekt, Schokolade werden gegeben. In den großen russischen Städten bildet der Scherzredner und der erste Tag im beginnenden Jahre den Höhepunkt der Geselligkeit während der Weihnachtszeit. In allen Häusern brennen dann Weihnachtsbäume. Auf den Tafeln der Reichen steht der Champagner in den schlanken Reifgläsern — man trinkt in großer mit den üblichen befeuchtenden Gläsern, doch auch der arme Bauer leistet sich zu Neujahr ein Gläschen Brantwein. Das Visitenfahren nimmt kein Ende. Die meisten begnügen sich damit, ihre Karten zu Neujahr bei ihren Bekannten abzugeben, doch das Heer der Gratulanten, das die Dinnertische der herrschaftlichen Häuser umherstreift und den alten Spruch des Volkes heranz: „Ich gratuliere zum neuen Jahre, zum neuen Köpfechen, zum neuen Schöpfelchen“, ist endlich und läßt sich nicht abweisen. Vom Briefträger an bis zum Parkettbesitzer













